

Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Georges Pompidou (Paris, 11. Februar 1972)

Legende: Anlässlich der Konsultationen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) am 11. Februar 1972 schlägt Willy Brandt die Einrichtung eines administrativen Sekretariats für die Europäischen Gemeinschaften vor. Der Kanzler spricht ebenfalls die Stärkung der Gemeinschaftsorgane und die Ernennung von Europaministern an.

Quelle: PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 36].

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amtes bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung_des_gesprachs_zwischen_willy_brandt_und_georges_pompidou_paris_11_februar_1972-de-e42f93ac-aabf-469d-b80b-820c105682ad.html

Publication date: 03/07/2013

Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris

Z A 5-11.A/72 geheim 11. Februar 1972

Der Präsident der Französischen Republik empfing am 11. Februar 1972 um 10.00 Uhr den Herrn Bundeskanzler zu einem dritten Gespräch unter vier Augen. Ab 10.35 Uhr kamen Premierminister Chaban-Delmas, Außenminister Schumann, Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing sowie die Herren Bundesminister Scheel und Schiller zu diesem Gespräch hinzu. Auf die Frage des Herrn Staatspräsidenten, worüber man sprechen wolle, bevor die Minister zu der Gesprächsrunde hinzukämen, bemerkte der Herr Bundeskanzler, er halte es für zweckmäßig, noch ein paar Bemerkungen zur Thematik des Gipfeltreffens der Zehn und zur Effizienz der Gemeinschaftsorgane zu unterbreiten. Hinsichtlich der zweiten Frage sei ein Schlüsselpunkt wohl in dem zu sehen, was im gestrigen Gespräch bereits angeklungen sei. Es müsse zu einer Art permanenten Rats kommen, in dem die Außen- und Wirtschaftsminister vertreten seien. Für Sonderfälle müßten auch die Landwirtschaftsminister und andere Fachminister vertreten sein; es gäbe aber so viele politische Details zu besprechen, daß die Ständigen Vertreter einfach überfordert seien. Im Rat seien wegen Zeitmangels bereits hundert unerledigte Fragen anhängig. Daher habe es auch schon eine Empfehlung ergeben, der Rat solle sich einmal eine Woche lang zusammensetzen, um den Tisch abzuräumen.

Über die Ernennung von Europaministern habe man schon gesprochen. Großbritannien habe in dieser Frage für die erste Zeit wohl Hemmungen. Präsident Pompidou wolle darüber aber noch einmal mit Premierminister Heath sprechen. Ob es nun zur Ernennung von Europaministern komme oder nicht, die Möglichkeit, in Brüssel einen permanenten Rat einzurichten, solle man nicht außer Auge lassen. Gewiß sei die Frage, wie man diesen einzuordnen habe, mit Schwierigkeiten verbunden. Ein Präsidialsystem tue sich in dieser Hinsicht leichter als andere Regierungen.

Eine weitere Frage sei die, wie man eine möglichst gute fachliche Zusammensetzung der Kommission vom 1. Januar 1973 ab gewährleisten könne. Des weiteren hätten die Außenminister gestern über die politische Zusammenarbeit gesprochen. Er glaube, daß ein kleines administratives Sekretariat dafür von Vorteil wäre, damit die außenpolitische Zusammenarbeit aus den Verhältnissen eines ambulanten Gewerbes rauskäme.

Präsident Pompidou erwiderte, die beiderseitigen Auffassungen zu all diesen Fragen lägen eng beieinander. Er selbst habe den Gedanken der Ernennung von Europaministern lanciert. Er räume ein, daß seine Verwirklichung in dieser Form verfrüht wäre, weil die Außenminister die Kontrolle über die Außenpolitik behalten wollen und auch, weil Premierminister Heath keinen spezialisierten Minister ernennen wolle, sondern häufige Kontakte zwischen allen seinen Ministern und den Brüsseler Behörden wünsche. Eine mittlere Lösung könnte darin erblickt werden, daß Staatssekretäre unter der Kontrolle der Außenminister permanent in Brüssel mit den Ständigen Vertretern zusammenarbeiteten. Die Frage, ob diese Staatssekretäre Entscheidungsbefugnis haben sollten oder Entscheidungen nur ad referendum treffen sollten, könne man diskutieren. Im Grundgedanken sei er aber mit dem Bundeskanzler einverstanden.

Zur Zusammensetzung der Kommission habe er bereits gesagt, daß die beiden derzeitigen französischen Kommissare gute Arbeit leisten. Hinsichtlich der anderen Kommissare wisse man, was z.B. Herr Dahrendorf und Herr Mansholt tun. Von den anderen höre man weniger, was nicht von vornherein darauf schließen lasse, daß sie schlechte Arbeit leisten. Nach dem Ausscheiden Herrn Malfattis als Präsident falle die Präsidentschaft turnusgemäß Frankreich zu. Er habe dann die Absicht, einen französischen Vertreter mit Ministerrang zu benennen. Bei alledem gelte es zu beachten, daß die Kommission nicht aus ihrer Rolle heraustreten dürfe. Sie sei nicht das Embryo einer europäischen Regierung, dies sei vielmehr der Ministerrat. Die Kommission solle aber die Beschlüsse und Entscheidungen überwachen und ausführen. Damit habe sie schon viel zu tun; sie benötige Leute von hoher Qualität. Im übrigen müsse man darauf achten, daß dies alles nicht zu teuer werde. Jede internationale Verwaltung habe die Tendenz, ihren Lebensstandard an amerikanischen Verhältnissen zu messen. Dies sei recht kostspielig.

Für die außenpolitische Zusammenarbeit könne man seines Erachtens ein „leichtes“ Sekretariat ins Auge fassen, das den Konsultationen einen permanenten Charakter gebe. Dies gelte vor allem für die Zeit, von der

ab der Rat der Außenminister einmal weniger hektisch arbeite, weil er durch die Tätigkeit der vorgesehenen Staatssekretäre entlastet sei. Es bliebe dann auch mehr Zeit für häufigere politische Konsultationen. Diese Frage solle man bilateral, aber auch mit den Partnern und den vier Beitrittsländern, vor allem mit Großbritannien weiterbesprechen.

Er sei davon überzeugt, daß man weiterkommen müsse, dabei aber nichts überstürzen dürfe. Komme es zu einem ständigen Rat der Staatssekretäre, zu einem Sekretariat für die außenpolitische Zusammenarbeit und einem Sekretariat der Zentralbanken, käme viel zusammen. Man solle dies alles so vorbereiten, daß anlässlich der Gipfelkonferenz Beschlüsse gefaßt werden könnten.

Die Effizienz der Gemeinschaftsorgane werde mit Sicherheit eines der zwei oder drei großen Themen der Gipfelkonferenz bilden.

Der Herr Bundeskanzler stimmte dem mit der Bemerkung zu, die anderen großen Themen seien dann wohl die Wirtschafts- und Währungsunion.

Präsident Pompidou stimmte dem zu. Mit Sicherheit werde man über die Wirtschafts- und Währungsunion sprechen. Er hoffe, daß bis zur Gipfelkonferenz in dieser Hinsicht einiges geschehen sei. Man könne dann Bilanz ziehen und der ersten Etappe mehr Realitäten mitgeben. Dies alles erfordere eine sehr gründliche Vorbereitung, damit es beim Gipfeltreffen möglichst nicht zu zehn verschiedenen Auffassungen komme. Die Frage der Außenbeziehungen der Gemeinschaft halte er ebenfalls für sehr bedeutsam. Seines Erachtens sollte man diese unterteilen in die Beziehungen zu den USA, zu Japan, die Ost-West-Beziehungen und die Beziehungen zur dritten, unterentwickelten Welt.

[...]